



Liebe Leserinnen und Leser,

in der vergangenen Woche haben mit ungehemmter Brutalität vorgehende Gewalttäter die Menschen in Frankfurt am Main in Angst und Schrecken versetzt. Die Bilder von brennenden Polizeifahrzeugen, eingeschlagenen Schaufenstern, brennenden Straßenbarrikaden, Schäden an zahlreichen Privatautos und vor allem die hohe Zahl der verletzten Polizisten haben in ganz Deutschland Entsetzen und Unverständnis hervorgerufen.

Ein junger Mann aus dem Südwesten hat die Menschenverachtung der linken Gewalttäter auf den Punkt gebracht und das Geschehene folgendermaßen relativiert: „Die symbolische Gewalt, für die ein Auto in Flammen steht, ist doch nichts verglichen mit der strukturellen Gewalt unseres Wirtschaftssystems.“ Der Blockupy-Sprecher Christoph Kleine kritisierte den massiven Polizeieinsatz, den Einsatz von Schlagstöcken und Tränengas und fordert Verständnis für die Randalierer ein. Wir kennen diese Sprache, aus den 70er- und 80er-Jahren. Sie erinnert in beklemmender Form an die brutalen Sprachformeln der linksradikalen RAF! Das ist absolut inakzeptabel. Ganz offenbar haben die für die Veranstaltung verantwortlichen Personen gewusst oder zumindest in Kauf genommen, dass Gewalt angewendet werden sollte. Es ist eine Schande und spricht für sich, dass die Organisatoren einräumen, lediglich mit dem Ausmaß der Gewalt habe man nicht gerechnet. Wer so handelt, muss zur Rechenschaft gezogen werden. Aktionsbündnisse, Medien, Parteien, Abgeordnete – niemand darf diese Gewalt relativieren, rechtfertigen oder auch nur Verständnis dafür haben. Eine demokratische Gesellschaft kann solche Gewaltausbrüche nicht hinnehmen. Sie sind kein legitimes Mittel der politischen Auseinandersetzung.

Vor allem aber gilt unsere Solidarität und unser Dank den Polizeibeamten, Feuerwehrleuten, THW-Helfern und anderen Rettungskräften, die Leib und Leben einsetzen mussten, um die öffentliche Sicherheit aufrecht zu erhalten und die Bürger zu schützen.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr

Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



KURZ UND BÜNDIG

23.3. Fraktionskongress
"Inklusion von Menschen mit Behinderungen in Arbeit und Gesellschaft verwirklichen"

25.3. Rede im Plenum zur
Aktuellen Stunde
„Tarifflucht und die
Zweiklassenbeschäftigung
bei der Deutschen Post“

26.3. Hintergrundgespräch
zum Thema Mindestlohn

27.3. Parlamentarisches
Frühstück der EEX AG zum
Thema: "Strommarktdesign
2.0 - Flexibilität einen
Marktpreis geben"

DABEI SEIN – TERMINE

26.-28.3. Von 9 bis 18 Uhr ist
das Infomobil des Deutschen
Bundestages in der
Fußgängerzone Salzgitter-
Lebenstedt (vor dem
Schuhhaus Deichmann). Ich
bin vor Ort am Samstag,
28.3., um 12.00 Uhr.

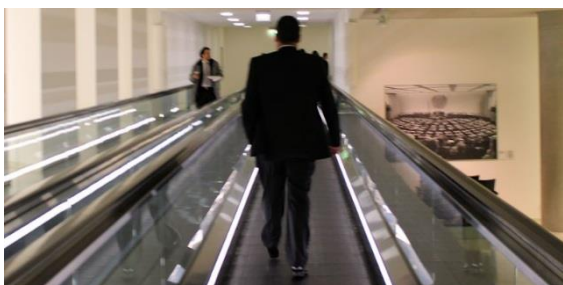
27.-29.3 Auf dem Gelände
des Schulzentrums Seesen
findet die 6. Seesener
Gewerbeausstellung, jeweils
von 14.00 bis 18.00 Uhr
statt. Mich treffen Sie dort
am Samstag, 28.3., um 14.00
Uhr.

Einer von uns in Berlin Sitzungswoche vom 23. bis 27. März

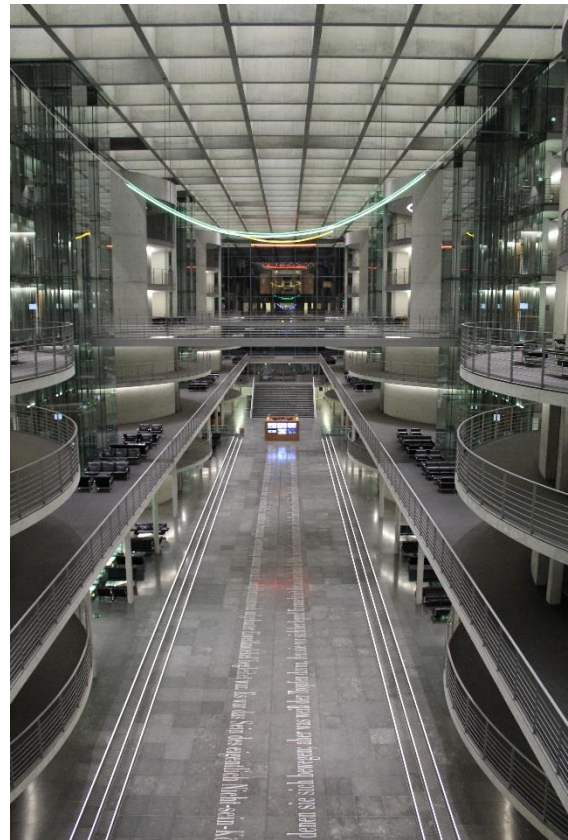
Die Maut kommt. Ein wichtiges Thema war diese Woche die Einführung der PKW-Maut. Alle, die auf Deutschlands Fernstraßen unterwegs sind, müssen künftig dafür zahlen. Halter von Fahrzeugen, die im Ausland zugelassen sind, können im Internet oder an Tankstellen zwischen einer Vignette für zehn Tage, zwei Monate oder einem Jahr wählen. Für sie gilt die Abgabe nur auf Autobahnen. Inländische Autobesitzer hingegen erhalten automatisch eine Jahresvignette, deren Kosten vom Kraftfahrt-Bundesamt abgebucht werden. Diese Jahresvignette gilt auf Autobahnen und Bundesstraßen. Die Höhe der Abgabe beträgt maximal 130 Euro und richtet sich nach Hubraum und Umweltfreundlichkeit.

Für Halter von Pkw und Wohnmobilen, die in Deutschland zugelassen sind, entstehen jedoch keine Mehrbelastungen, da die entsprechende Summe über die Kfz-Steuer wieder zurückfließt. Statt einer Gebührenmarke aus Papier, die auf die Windschutzscheibe aufgeklebt wird, ist eine elektronische Vignette geplant. Das bedeutet, dass alle Mautzahler an ihrem Kennzeichen zu erkennen sind, das bei Zahlung der Abgabe registriert wird. Die Überwachung der Lkw-Maut funktioniert bereits ähnlich.

Die Pkw-Maut ist ein wichtiger Beitrag zur Finanzierung der Straßeninfrastruktur und bezieht nun endlich alle Nutzer der deutschen Autobahnen in deren Finanzierung mit ein.



Auf dem Weg zur namentlichen Abstimmung zur PKW-Maut. Mit 433 Ja-Stimmen bei 128 Nein-Stimmen und sechs Enthaltungen stimmte der Bundestag für die Einführung



Der „Maschinenraum der Demokratie“: Das Paul-Löbe-Haus.

Selbstbestimmt und sicher in der digitalen Welt. Die Bundesregierung unterrichtet das Plenum in dieser Woche über die zentrale Bedeutung der Informationstechnologie für das Deutschland von morgen. Sie berichtet, wie sie die Herausforderungen der Sicherung von IT-Systemen und des Schutzes der Daten als zentrale Forschungsthemen aufgreift. Mit dem Forschungsrahmenprogramm „Selbstbestimmt und sicher in der digitalen Welt“ investiert die Bundesregierung in die vorausschauende Gestaltung technischer Systeme und die Rahmenbedingungen ihrer Nutzung, um vor Cyber-Angriffen zu schützen und das Recht des Bürgers auf informationelle Selbstbestimmung zu wahren. Das Programm richtet sich an Hochschulen und Forschungseinrichtungen sowie an Unternehmen und Anwender und bündelt die Forschungsaktivitäten der Bundesregierung zur IT-Sicherheit.



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de

CDU

Die Voraussetzungen hierfür sind sehr gut. Deutschland ist international führend im Datenschutzrecht und kann mit seiner hervorragenden Forschungslandschaft deutliche Akzente setzen. Da die Datenflüsse, insbesondere im Internet, nicht an Staatsgrenzen Halt machen, treibt die Bundesregierung auch den Entwicklungsprozess auf europäischer Ebene voran. Insbesondere werden hierbei vier Themenfelder aufgegriffen: Die Erforschung neuer Hightech-Werkzeuge und -Verfahren, die Sicherung komplexer IT-Systeme mit ihren vielfältigen Abhängigkeiten und Wechselwirkungen, die Sicherheit großer Anwendungsbereiche wie etwa Produktion oder Medizin, aber auch Privatheit und Datenschutz.

Unser Antrag unterstützt die Umsetzung der Strategie „Digitales Lernen“ durch die Bundesregierung. Dabei ist uns unter anderem wichtig, dass auch und gerade in Einrichtungen der beruflichen Bildung in öffentlicher Hand eine geeignete technische Infrastruktur bereitgestellt wird und dass die Wissenschaftskompetenz durch die gezielte Förderung von Programmen und Wettbewerben zu sogenannten MINT-Fächern gestärkt wird. Nicht zuletzt bekräftigen wir unser Anliegen, ein bildungs- und forschungsfreundliches Urheberrecht als Grundlage der digitalen Lehrmittelfreiheit zu schaffen.



Ich wünsche Ihnen, Ihren Familien und Freunden ein schönes und gesegnetes Osterfest!

Europas Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit durch Forschung und Innovation stärken. In unserem Antrag stellen wir die Bedeutung von Forschung und Innovation als Schlüssel für die langfristige Sicherung und Stärkung von Europas Wettbewerbs- und Zukunftsfähigkeit heraus. Gleichzeitig fordern wir die Bundesregierung auf, die Weiterentwicklung des Europäischen Forschungsraums weiterhin konsequent voranzutreiben.

Wir wollen eine regelmäßige Berichtspflicht der Bundesregierung gegenüber dem Bundestag zur internationalen Kooperation in Bildung, Wissenschaft und Forschung mit Schwerpunkt auf Europa etablieren. Dazu fordern wir von der Bundesregierung die konsequente Umsetzung der **Strategie der Bundesregierung zum Europäischen Forschungsraum - Leitlinien und nationale Roadmap**, deren Ziel es ist, die im europäischen und internationalen Vergleich gute Position Deutschlands im Bereich Wissenschaft, Forschung und Innovation abzusichern. Im Zusammenwirken der verschiedenen Akteure, insbesondere von KMU und Hochschulen, soll die Weiterentwicklung des Europäischen Forschungsraums aktiv vorangetrieben werden.

Dazu gehören etwa effektivere nationale Forschungssysteme, die Verbesserung transnationaler Forschungsinfrastrukturen, eine Öffnung des Arbeitsmarktes für Forscherinnen und Forscher und ein besserer Zugang zu wissenschaftlichen Erkenntnissen. Als Koalitionsfraktionen unterstützen wir die Bundesregierung darin, die Forschungszusammenarbeit insbesondere bei großen gesamtgesellschaftlichen Fragen weiter auszubauen und plädieren dafür, sowohl den geplanten Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) sowie das Programm Horizont 2020 gemeinsam zu einer Erfolgsgeschichte für Forschung, Innovation und Wachstum zu machen, wie wir es im Koalitionsvertrag vereinbart haben.



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



Auslaufen der Milchquote – Wettbewerbsfähigkeit der Milchviehalter sichern. Unser Antrag begrüßt den Ausstieg aus dem europäischen Milchquotensystem als konsequente Fortsetzung einer Politik hin zu einer am Markt ausgerichteten selbstverantwortlichen und wettbewerbsfähigen Milchwirtschaft. Diese Politik ermöglicht unternehmerische Entscheidungsfreiheit und bietet durch die weltweit steigende Nachfrage nach Milchprodukten große Chancen für die qualitativ hochwertigen Produkte der deutschen Milchwirtschaft. Gleichzeitig sehen wir die damit einhergehende Herausforderung stark schwankender Milchpreise für einzelne Milchviehalter. Wir fordern die Bundesregierung daher auf, die Halter mit geeigneten Maßnahmen bei der Anpassung an die neuen Marktbedingungen zu unterstützen.

Entwicklungspolitische Chancen der Urbanisierung nutzen. Mit unserem Antrag haben wir die Urbanisierung als einen der globalen sogenannten Megatrends auf die Tagesordnung gebracht. Darin legen wir dar, wie nachhaltig gestaltete Urbanisierung Wirtschaftsentwicklung, Armutsreduzierung, Umweltschutz, sozialen Wandel und politische Stabilität positiv beeinflussen kann. Zudem erheben wir urbanisierungspolitische Forderungen an die Bundesregierung in Hinblick auf die nächste VN-Habitat-Konferenz im Oktober 2016, auf die europäische Stadtpolitik und die Entwicklungszusammenarbeit.

Rede zur Aktuellen Stunde „Tariffucht und die Zweiklassenbeschäftigung bei der Deutschen Post“ im Plenum des Deutschen Bundestages. „Ansturm auf neue Post-Zustellunternehmen“, titelte die FAZ am 5. Februar 2015 über die neuen DHL Delivery-Gesellschaften. In einer aktuellen Stellungnahme der Deutschen Post AG stand hierzu: „Bereits zwei Monate nach Gründung der Gesellschaften sind bereits über 5.000 unbefristete Arbeitsverträge geschlossen worden, ca. 1.500 Kräfte wurden vom externen Arbeitsmarkt eingestellt.“

Außerdem wird die Deutsche Post 750 Millionen Euro in das deutsche Paketnetz investieren.

In den Deutschland weit gegründeten neuen DHL Delivery-Gesellschaften sollen bis 2020 10.000 neue Arbeitsplätze und bis 2025 20.000 neue Arbeitsplätze entstehen. Den ehemals befristet bei der Post angestellten Arbeitnehmern sicherte die Post ihr bisheriges Monatsgrundgehalt zu; darüber hinaus gibt es für alle u.a. Zusatzverdienstmöglichkeiten.

Zur Gründung der 49 DHL Delivery-Gesellschaften führte insbesondere Wettbewerbsdruck aufgrund niedrigerer Preisniveaus der Mitbewerber. In den neu gegründeten Gesellschaften sieht die Deutsche Post eine Antwort auf die Marktsituation und kommt damit ihrer unternehmerischen Verantwortung nach.



Die Deutsche Post orientiert sich in den neuen Gesellschaften am Tarifvertrag der Speditions- und Logistikbranche. Demgegenüber steht aber die Aussicht auf eine Dauerbeschäftigung, die offensichtlich viele Arbeitnehmer überzeugt.

Ein Anstoß gewerkschaftlicher Kritik ist die scheinbare Nichteinhaltung eines Vertrages, der die Fremdvergabe der Zustellung ausschließt. Das wiederum wird von der Deutschen Post bestritten. Gewerkschaftsseitig kann ich verstehen, wenn man in Tarifverhandlungen zu Gunsten eines solchen Vertrages auf materielle und andere Dinge verzichtet hat, dass man damit unzufrieden ist. Gleichmaßen ist aber auch einzubeziehen, dass sich die Deutsche Post vertraglich auf Paketmengen stützt, die ausschließlich in ihrem Hoheitsgebiet



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



aufkommen und nicht von der DHL Vertriebs GmbH eingebracht werden. Das müssen die Vertragspartner klären.

Darüber hinaus werden Strukturen der betrieblichen und der Unternehmensmitbestimmung verändert. Ich nehme die Deutsche Post daher beim Wort, wenn sie in ihrer heutigen Stellungnahme schreibt, dass sie „die Arbeit der Betriebsräte und Gewerkschaften nach Kräften unterstützen und diesen bei der Wahl und Bildung von Betriebsräten bestmöglich zur Seite stehen“ will.

Es ist wichtig, für die Beschäftigten, die in der neuen Unternehmensstruktur arbeiten, gute Rahmenbedingungen zu schaffen. Den Schlüssel dafür halten die Vorstände, Betriebsräte und die Gewerkschaft in der Hand.

Kongress der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: „Inklusion von Menschen mit Behinderungen in Arbeit und Gesellschaft verwirklichen“. Menschen mit Behinderungen gehören in unsere Mitte. Sie sollen wie alle anderen gleichberechtigt und selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Daher will die CDU/CSU-Fraktion die Eingliederungshilfe zu einem modernen Teilhaberecht weiterentwickeln.

Auf einem Kongress zur Inklusion von Menschen mit Behinderungen in Arbeit und Gesellschaft diskutierten wir mit Betroffenen sowie Vertretern von Verbänden, Initiativen und Unternehmen über Wege dorthin.



Petra Heesch und Helmut Greiner begleiteten mich zum Fraktionskongress

Unser arbeitsmarktpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Karl Schiewerling, warb für eine grundsätzlich neue Sichtweise. Der Begriff „Menschen mit Behinderung“ solle sich nicht länger am Defizit orientieren, sondern am Potenzial, das ein Mensch entfalten könne. „Keiner kann alles, niemand kann nichts, jeder kann etwas“, sagte Schiewerling. Es gehe darum, ein vielfältiges Arbeitsangebot zu schaffen in Werkstätten und Integrationsbetrieben, aber auch auf dem ersten Arbeitsmarkt, etwa indem Arbeitnehmern mit Behinderung eine Assistenz zur Seite gestellt werde. Behinderte, die den Schritt aus der Werkstatt auf den ersten Arbeitsmarkt wagten, sollten eine Rückkehrmöglichkeit haben, damit sie nicht in eine Falle gerieten, forderte Schiewerling.

CDU/CSU-Fraktionschef Volker Kauder betonte, dass gerade Arbeit das Selbstwertgefühl der Betroffenen enorm erhöhe. Er nannte die Inklusion am Arbeitsmarkt eine große Herausforderung. Nicht nur die Arbeitgeber seien hier gefordert, sondern auch die Kollegen, die sich der Zusammenarbeit mit Behinderten öffnen müssten. Um dafür die Grundlagen zu schaffen, sprach sich die Vizepräsidentin des Deutschen Roten Kreuzes, Donata Schenck zu Schweinsberg, für die Öffnung der Kitas auch für Kinder mit Behinderungen aus. Nur so lernten Menschen frühzeitig und spielerisch, andere Menschen mit all ihren Besonderheiten zu achten.

Kanzleramtschef Peter Altmaier stellte fest, dass die Unternehmen die Potenziale von Arbeitnehmern mit Behinderungen längst nicht voll ausschöpften. Allerdings – so Alfons Adam von der Daimler AG – beschäftigten Betriebe, in denen starke Schwerbehindertenvertretungen die Arbeitgeber unterstützen, nachweislich viele Mitarbeiter mit einer Schwerbehinderung. Nach Überzeugung von Monika Labruier, Geschäftsführerin des Kölner Inklusionsdienstleisters Füngeling Router, könnten schon heute viel mehr Menschen mit Behinderung eine reguläre Arbeit haben,



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



wenn mehr individuelle Wege in den Arbeitsmarkt möglich wären.

Neben dem geplanten Teilhabegesetz nannte der Behindertenbeauftragte der Fraktion, Uwe Schummer, als weitere wichtige Reformbereiche das barrierefreie Reisen, menschengerechte Innenstädte oder die Verwendung von leichter Sprache in der Kommunikation. Benedikt Lika, Mitglied des Stadtrates in Augsburg, lenkte den Blick auf die finanziellen Sorgen behinderter Menschen, die auf Assistenz angewiesen sind. Die Tatsache, dass sie kein größeres Vermögen als 2.600 Euro besitzen dürfen, wenn sie nicht riskieren wollen, dass es vom Staat als Ausgleich für die Kosten der Assistenz eingezogen wird, kritisierte er scharf. Diese Regelung führe geradewegs in die Altersarmut, mahnte er.

Behinderte sollten Vermögen bilden und erben können, auch wenn sie Eingliederungshilfen beziehen, forderte ebenso der Patientenbeauftragte der Bundesregierung, Karl-Josef Laumann. Damit Menschen mit Behinderung selbstbestimmt leben können, brauchen sie auch auf sie ausgerichtete Wohnformen. Das Rote Kreuz bietet laut Schenck zu Schweinsberg unter anderem ein Wohntraining an, bei dem Betroffene lernen, wie sie mit Geld umgehen, wie sie einkaufen oder Behördengänge erledigen. Auch Eltern, deren behinderte Kinder alleine leben wollen, bekommen beim DRK Informationen.

Ich habe mich sehr gefreut, dass Petra Heesch, Schwerbehindertenvertretung BS|Energy Braunschweiger Versorgungs-AG & Co. KG, und Helmut Greiner, Sprecher der Schwerbehindertenvertretung der Volkswagen AG am Standort Salzgitter, meiner Einladung gefolgt sind und am Kongress teilgenommen haben.

Mittendrin im Wahlkreis 49 20. bis 22. März

Dieses Mal lag wieder nur ein Wochenende zwischen zwei Sitzungswochen.

Ankündigungen

Infomobil des Deutschen Bundestages vom 26. bis 28. März 2015 in Salzgitter-Lebenstedt. Das Infomobil des Deutschen Bundestages ist wieder bundesweit unterwegs, um den Besucherinnen und Besuchern Aufgaben und Arbeitsweise des Parlaments zu vermitteln und gastiert an drei Tagen, vom 26. bis 28. März 2015, in Salzgitter, in der Fußgängerzone am Monument zur Stadtgeschichte (vor dem Schuhhaus Deichmann).

Interessierte Besucherinnen und Besuchern können den Honorarkräften des Deutschen Bundestages Fragen zu den Aufgaben und der Arbeitsweise des Deutschen Bundestages stellen. Das Angebot für die Besucherinnen und Besucher umfasst ferner eine Vielzahl von Informationsmaterialien zur kostenlosen Mitnahme. Interessierte Besuchergruppen können sich für einen Vortrag über Aufgaben und Arbeitsweise des Parlaments anmelden.

Mich treffen Sie am Infomobil am Samstag, 28. März, um 12 Uhr. Wer mich bislang noch nicht in Berlin besuchen konnte, um meinen Arbeitsplatz im Bundestag kennenzulernen, kann sich morgen Einblicke fast „vor der Haustür“ verschaffen.



Daten und Fakten

Deutsche Wirtschaft auf Wachstumskurs. Die deutsche Wirtschaft wird im Jahr 2015 um 2,2% wachsen, für 2016 werden 1,9% prognostiziert. Nach einem kräftigen 1. Halbjahr 2015 werden die Unternehmen demzufolge ihre Produktionskapazitäten nahezu auslasten und dann mit Raten zulegen, die ihrem



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



Potenzialwachstum entsprechen. Getragen wird das Wachstum in erster Linie vom privaten Konsum, vor allem gestützt durch den anhaltenden Beschäftigungsaufbau. Für 2015 wird mit rund 300.000 und für das kommende Jahr mit rund 200.000 zusätzlichen Jobs gerechnet. Anzeichen für eine Überhitzung der Konjunktur werden nicht gesehen. Wichtige Absatzmärkte wie der Euroraum und die chinesische Wirtschaft entwickeln sich nur schwach und auch die Investitionen nehmen nur verhalten zu, so das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung.

In Memoriam

Die Nachricht des Absturzes des Germanwings-Flugs 4U 9525, bei dem alle 150 Menschen an Bord starben, hat uns alle fassungslos gemacht. Mit jedem Detail das bekannt wurde, stieg das Entsetzen über das Ausmaß der Katastrophe. Der Tod der 16 Schülerinnen und Schüler und zwei Lehrerinnen aus Haltern hat die Katastrophe ganz nah an uns gebracht und dabei eine Betroffenheit ausgelöst, die jeden von uns tief erschüttert.

Keine Beileidsbekundung kann das Leid der Angehörigen lindern. Wir alle sind in Gedanken bei den Opfern und ihren Familien und wünschen Ihnen die nötige Kraft in diesen schweren Stunden.



Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de

CDU

